



Statement

(Es gilt das gesprochene Wort!)

20. Januar 2025

Anja Piel

Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstands des DGB

Statement zur Jahrespressekonferenz 2025

Berlin, 20. Januar 2025

Sehr geehrte Damen und Herren,

seit Jahren sind wir mit den verschiedensten Krisen konfrontiert.

Das bleibt nicht ohne Folgen: Viele Menschen sind verunsichert, viele bangen um ihre Arbeitsplätze und um die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes. Was dabei oft untergeht: So schlecht sind die Voraussetzungen nicht, die aktuellen Herausforderungen zu bewältigen. Nach wie vor sind gut ausgebildete Beschäftigte und ein handlungsfähiger Sozialstaat wichtigste Standortvorteile. Der starke Sozialstaat ist Rückgrat der Demokratie, bietet soziale Sicherheit, Zusammenhalt in schwierigen Zeiten und ermöglicht Menschen ein selbstbestimmtes Leben. Wer die Axt an dieses Konstrukt legt, gefährdet gesellschaftlichen Frieden und die Stabilität unseres Landes.

Rente und Alterssicherung

Die Rente darf nicht nur ein Überleben im Alter sichern, sie muss auch weiterhin die Lebensleistung von Menschen anerkennen. Wir fordern deshalb, dass das Rentenniveau stabilisiert und perspektivisch auf mindestens 50 Prozent angehoben wird. Ein immer höheres Rentenalter ist keine Lösung – es ist für viele eine Rentenkürzung. Die Menschen wissen das – kein Wunder, dass jetzt selbst die Union verspricht, das Rentenalter nicht über 67 anheben zu wollen. Und auch wenn die Union zu diesem Punkt Einsicht zeigt, so schweigt sie doch zur Frage der langjährig Beschäftigten – also zu jenen, die nahezu ein halbes Jahrhundert gearbeitet, aber das 67. Lebensjahr noch nicht erreicht haben. Wer aber im Wahlkampf vollmundig verspricht, das Rentenalter nicht anzuheben, sollte tunlichst die Finger von der sogenannten “Rente mit 63” lassen.

Was der Einnahmeseite der gesetzlichen Rente wirklich hilft: Tarifbindung stärken, faire Löhne sichern und die Erwerbsbeteiligung erhöhen. Die gesetzliche Rente muss durch eine starke betriebliche Altersvorsorge ergänzt werden, die von den Arbeitgebern mitgetragen wird – Lücken in der Altersvorsorge dürfen nicht auf dem Rücken der Beschäftigten abgeladen werden.

Arbeitsmarkt und Fachkräftesicherung

Um Fachkräftelücken in manchen Branchen zu schließen, muss mehr in Aus- und Weiterbildung investiert werden und gleichzeitig die Erwerbsbeteiligung von Frauen und älteren Arbeitnehmern erhöht werden. Gute Einwanderungspolitik ist ein weiterer wichtiger Baustein. Gleichzeitig müssen mehr Arbeitgeber umschalten vom Klagen zum Handeln: Wer Arbeitsbedingungen verbessert und gute Arbeit sichert, steigert die Attraktivität der Arbeitsplätze.

Arbeitslosenversicherung und Weiterbildung

Eine starke Arbeitslosenversicherung ist unverzichtbar, damit Beschäftigte in unsicheren Zeiten nicht im Regen stehen und Strukturwandel nicht zum Verlustgeschäft wird. Deswegen war es klug, im Haushalt der Bundesagentur für Arbeit (BA) für 2025 genug Geld einzuplanen, um Menschen im Wandel der Arbeitswelt angemessen zu unterstützen. Beschäftigte, die von Arbeitsplatzverlust bedroht sind, können so gefördert werden und sich qualifizieren. Dafür braucht es eine solide finanzielle Grundlage für die Bundesagentur für Arbeit.

Demokratie und sozialer Zusammenhalt

Ein starker Sozialstaat ist nicht nur Sicherheitsnetz, sondern auch Fundament für Demokratie und sozialen Frieden. Nur Menschen, die selbst nicht abgehängt werden, können in Krisenzeiten zusammenstehen und Herausforderungen gemeinsam bewältigen. Angriffe auf den Sozialstaat, völlig unabhängig ob neoliberal oder rechtspopulistisch, spalten unsere Gesellschaft und sorgen dafür, dass extremistische Kräfte an Boden gewinnen. Die gleiche Solidarität ist auch notwendig, um die Vielfalt in der Gesellschaft gegen rechts zu verteidigen.

Anforderungen an die Politik

Im laufenden Bundestagswahlkampf 2025 müssen demokratische Parteien sich deshalb für einen starken Sozialstaat und eine gute Daseinsfürsorge einsetzen. Wer krank wird, arbeitslos wird oder von der Arbeit in den verdienten Ruhestand geht, muss sich auch weiterhin darauf verlassen können, dass er nicht abgehängt wird. Nur so funktionieren sozialer Frieden und Demokratie.